

RAINER WATERKAMP

Wirtschaftsplanung, Forschung und Rüstungsindustrie

Erfindungsindustrie und Rüstungsprosperität

Automation und Technologie haben tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Seit dem Beginn des technologischen Wettlaufs mit hochkomplizierten Träger- und Steuerungssystemen, Computern und elektronischen Ausrüstungen übersteigen aber Kosten wie Probleme der Planung und Steuerung alle Möglichkeiten der bisherigen Privatwirtschaft. Staat und Wissenschaft haben die Führung übernommen, wobei Forschung und Entwicklung auf dem Sektor, der für die Rüstungstechnik verantwortlich zeichnet, ihrerseits weithin vom Staat kontrolliert werden. Andererseits haben die Großfirmen keineswegs ihre hohen Rüstungsgewinne aufzugeben brauchen.

In den zehn Haushaltsjahren von 1951/52 bis 1960/61 wurden in den USA für naturwissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten etwa 80 Milliarden Dollar ausgegeben, d. h. viermal soviel wie im vorhergehenden Jahrzehnt¹⁾. Im Haushaltsjahr 1961/62 wurden für diese Zwecke 14,7 Milliarden Dollar ausgegeben. Das waren 2,84 vH des amerikanischen Bruttonationalprodukts gegenüber 1,01 vH im Jahre 1950 und 0,37 vH im Jahre 1940²⁾. Ganze Industriebetriebe der USA sehen sich in wachsender Abhängigkeit von staatlichen Rüstungsaufträgen, denn „seit dem zweiten Welt-

1) National Science Foundation: Reviews of Data in Research and Development, Nr. 33. April 1962, S. 1.

2) National Science Foundation: Data Sheet on Research and Development. Februar 1963, S. 2; und F. Machlup: The Production and Distribution of Knowledge in the United States. Princeton 1962, S. 156.

krieg sind die Anstrengungen auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung immer mehr auf die Entwicklung neuer Technik gerichtet. Unsere militärische Lage hängt immer weniger von den vorhandenen Produktionskapazitäten ab als vielmehr vom Wettlauf um schnellere Vervollkommnung und Entwicklung neuer Waffen- und Abwehrsysteme³." Der Anteil an öffentlichen Mitteln aus Rüstungsaufträgen beträgt bei der elektronischen Industrie ca. 60 vH, bei der „aero-space“-Industrie sogar fast 90 vH. Ganze Wirtschaftsgebiete, wie beispielsweise Kalifornien, sind in ihrer Struktur von der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie sowie der damit zusammenhängenden Forschung und Spezialisierung geprägt und auf den stetigen Zufluß staatlicher Ausgaben angewiesen. Ein ständig wachsender Teil wissenschaftlicher und technologischer Erfindungskraft ist durch staatliche Aufgaben gebunden und wird dem zivilen Sektor der Wirtschaft entzogen. Im Jahre 1960 hatten nach Berechnungen des National Industrial Conference Board der USA 57 vH aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Landes militärische Bedeutung⁴). In den 30er Jahren entfielen in den USA etwa 1 Million Beschäftigte auf die Armee bzw. auf die Rüstungswirtschaft, in den 50er Jahren waren es 10 bis 11 Millionen.

Spezialisierung in Forschung und Entwicklung der Produktion beschleunigen den Prozeß der Konzentration wirtschaftlicher Macht. Zwar mußten immer mehr Planungs-, Forschungs- und Entwicklungskompetenzen an den Staat oder an gemischte Institutionen abgegeben werden, doch hat mittlerweile der gesamte Rüstungskomplex für das Wirtschaftssystem der USA die Rolle eines Motors des technischen Fortschritts übernommen. Der Staat selber aber ist in der Wahl seiner Auftragnehmer nicht mehr souverän, sondern muß sich an einige wenige Firmen halten, die zur Entwicklung und Fertigung der komplizierten Waffensysteme in der Lage sind. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht vollzieht sich hinsichtlich bestimmter Industriezweige, Berufsgruppen, militärischer Anlagen, bestimmter Regionen und Bundesstaaten der USA:

Konzentration in Industriezweigen

Etwa die Hälfte aller Lieferungen der elektrotechnischen Industrie entfällt auf Rüstungsaufträge; 61 vH des Schiffbaus beruhen auf der Rüstung.

Konzentration in Berufsgruppen

²/s bis ³A der amerikanischen Wissenschaftler und Ingenieure sind in militärisch wichtigen Berufen tätig.

Konzentration in militärischen Anlagen

Diese Anlagen haben eine unmittelbare jährliche Lohnsumme von mehr als 13 Milliarden Dollar; das Doppelte der Lohnsumme der Automobilindustrie und halb soviel wie die Lohnsumme der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie.

Konzentration in Einzelstaaten

Auf Kalifornien entfielen von den industriellen Rüstungsaufträgen 24 vH, auf den Staat New York 12 vH, auf die Staaten New Jersey und Texas je 6 vH und auf den Staat Massachusetts 5 vH.

Konzentration in Konzernen

100 Großgesellschaften schnitten 3/4 aus dem gewaltigen Kuchen des Militärbudgets (1961: 21 Milliarden Dollar) heraus; die oberen zehn bekamen allein 7,6 Milliarden Dollar; drei Gesellschaften erhielten je über eine Milliarde.

3) Report to the President on Government Contracting for Research and Development, Mai 1962. Washington 1962, Seite 1.

4) N. Terleckyi: Research and Development: Its Growth and Composition. National Industrial Conference Board 1963, S. 32. Im Jahre 1962/63 waren es mehr als 58 vH.

Für das Jahr 1963 erhielten fünf Gesellschaften (North American Aviation, McDonnell Aircraft, Aerojet General, Douglas Aircraft und General Dynamics) 49,3 vH aller Rüstungsaufträge⁵⁾.

Während in der Industrie der USA die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Durchschnitt etwa 3 TH zum Umsatz ausmachen, sind es in den modernen Zweigen der Rüstungsindustrie etwa 20 vH und in der Flugzeug- und Raketenindustrie sogar 31 vH⁶⁾. 1939 besaßen die größten 250 Gesellschaften etwa 65 vH der vorhandenen Anlagen. Während des Krieges leiteten sie bereits 79 vH aller neuen, mit Staatsgeldern geschaffenen Privatunternehmen. Im September 1944 gehörten ihnen 78 vH aller laufenden privaten Kriegslieferungsverträge⁷⁾.

Nach offiziellen Angaben entfielen auf 100 Gesellschaften, mit denen im Haushaltsjahr 1961/62 Verträge über 10 000 Dollar geschlossen wurden, 72,3 vH aller staatlichen Rüstungsaufträge. Acht Gesellschaften erhielten im Jahre 1961/62 rund 30 vH aller Rüstungsaufträge in den USA⁸⁾. In der Zeit von 1957 bis 1961 erhielten die 15 mächtigsten Rüstungsproduzenten im Durchschnitt um 50 vH höhere Profite als die 500 größten Industriefirmen⁹⁾. Nur 17 vH der Rüstungsaufträge der letzten zehn Jahre gingen an mittlere und kleinere Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten.

Die Profitrate der zwölf wichtigsten Elektro- und Flugzeugkonzerne im Jahre 1957 betrug durchschnittlich 17,9 vH, die der Boeing Airplane Co. sogar 21,3 vH und die der General Electric Co. 20,1 vH.

Die allgemeine Lage in der Wirtschaft spiegelt natürlicherweise die Situation von Wissenschaft und Forschung in einer Phase der Rüstungsprosperität wider. Von 22 000 Ingenieuren und Wissenschaftlern, die bei der General Electric Company arbeiten, sind 14 300, d. h. 65 vH, mit der Erfüllung von Rüstungsaufträgen beschäftigt. Die rüstungsgeschwängerte Wirtschaft aber ist mit so hohen Entwicklungskosten für rüstungswichtige Forschung belastet, daß Inflations- und Verzerrungseffekte unausbleiblich sind:

Multiplikator- und Inflationseffekt

Rüstungsausgaben erzeugen bei vorhandener Arbeitslosigkeit, ungenützten Produktionskapazitäten und Investitionsmöglichkeiten zunächst gewisse Multiplikationseffekte, die sich auch auf die zivilen Industrien auswirken. Da Rüstungsindustrien aber meist unter Mono- oder Oligopolbedingungen arbeiten, führt Rationalisierung selten zur Kostensenkung und Preisermäßigung. Da Rüstungsgüter auf den Märkten nicht angeboten werden, wirken sich nur die Einkommen der Wissenschaftler und Arbeiter am Rüstungsboom aus, was eine inflationäre Tendenz bewirkt.

Anhäufungs- und Verteilungseffekt

Ein Eindringen neuer Firmen in den Kreis der großen Rüstungsindustrien erfordert außergewöhnlich große Kapitalien. Verlockende Gehaltsangebote verleiten Wissenschaftler und Forscher, eben zur Stärkung dieser Großfirmen durch ihre Arbeit in diesen Betrieben beizutragen. Andererseits verringert die tatsächliche oder behauptete staatspolitische Dringlichkeit der Rüstungsaufträge die Vertragsmacht der Gewerkschaften.

Verzerrungseffekt

Die Zunahme der Rüstungsnachfrage verändert das Kräftefeld, in dem technischer Fortschritt und Neuerungen verwirklicht werden. Die Erfindungen für den zivilen Bedarf verarmen zum Vorteil des militärischen Sektors¹⁰⁾.

5) Aviation Week Tom 30. März 1965.

6) Report to the President . . . a.a.O., S. 2.

7) C. Wright Mills: Die Konsequenz. München 1959, S. 85—87.

8) Background Material on Economic Aspects of Military Procurement and Dupply. S. 13.

9) Vgl. V. Perlo: Militarism and Industry. New York 1963, S. 32.

10) François Perroux: La coexistence pacifique; deutsch: Feindliche Koexistenz? Stuttgart 1961.

Mächtige Wirtschaftsbükratien — wie beispielsweise die American Telephone and Telegraph, deren Kapital von 30 Milliarden Dollar dem Vermögen nach dem 13. Staat der USA entspricht — sind ihrem Wesen nach an Profiten, nicht an Produktion interessiert. Sie halten das Preisniveau durch Beschneidung der Produktion. Sie planen so, daß ihre Rentabilität auch bei geringer Ausnützung ihrer Kapazität gesichert ist. US Steel, der größte Stahlkonzern, ist bei 32prozentiger Ausnützung rentabel, der nationale Durchschnitt liegt bei 50 vH. Außerdem treiben die Konzerne Sicherheitspolitik: Sie scheuen das Risiko und sind bestrebt, trotzdem von der Regierung und vom Käufer unabhängig zu bleiben, was sie durch künstlich aufrechterhaltene Knappheit zu erreichen suchen. Dadurch erlangen sie höhere Profite, denn Verteidigungsaufträge dulden keinen Aufschub.

Rüstungswirtschaft: führt also zur *Labilität*, denn es

werden gesellschaftliche Mittel und Kräfte zur friedlichen Nutzung der Wissenschaft und Technik entzogen und folglich die Möglichkeiten eines realen wissenschaftlich-technischen Fortschritts eingeeengt;

entstehen derartige Strukturveränderungen in der Produktion, die zum Verfall und zur Stagnation führen, die Ungleichmäßigkeit in der Produktionsentwicklung verstärken, die Nichtauslastung von Produktionskapazitäten und Arbeitslosigkeit erhöhen;

verringert sich das Wachstumstempo der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit und der Wirtschaft insgesamt;

nimmt der ungleichmäßige Entwicklungsgang zu und verschlechtern sich die internationalen Wirtschaftspositionen.

Der durchschnittliche Zuwachs der Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde betrug von 1947 bis 1961 jährlich 3 vH. Von 1947 bis 1957 stieg die Produktivität im Jahresdurchschnitt um 3,2 vH, während von 1957 bis 1961 der Zuwachs nur 2,9 vH jährlich betrug¹¹). „Die Notwendigkeit, unsere Industrieausrüstung zu modernisieren und zu erweitern, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, wird Gegenstand ernster Sorge“¹²) in den USA. Die Hauptindustrieweige der Vereinigten Staaten „werden nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern auch innerhalb der Vereinigten Staaten konkurrenzunfähig werden“¹³). Die Konzentration der amerikanischen Kapitalanlagen und der technologischen Forschung auf die Rüstungstätigkeit ist die Wurzel dieses Rückgangs.

Die Notwendigkeit staatlicher Planung

Zwar hat für die Industrie das atomare Zeitalter mit der Hiroshima-Bombe angefangen, werden gegenwärtig in der Welt für Rüstung jährlich schätzungsweise 150 Milliarden Dollar ausgegeben. Die eigentliche Aufgabe der technologischen Forschung sollte es jedoch sein, mehr Menschen Arbeit zu geben, anstatt sie daraus zu verdrängen, neue Industrierräume zu schaffen, nicht aber Notstandsgebiete, den zivilen Wirtschaftssektor zu bereichern, anstatt der Rüstungsprosperität zu dienen. Dies aber erfordert Planung, nicht Wunschenken und nicht Resignation. Es muß wissenschaftlich untersucht werden, was bei einer Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse aus der Rüstungsforschung und dem Luft- und Raumfahrtprogramm in Produkte für den zivilen Markt ins Spiel kommen würde. Es müßten nach und nach immer mehr Menschen und Material aus dem Verteidigungswesen herausgenommen und veraltete militärische Stützpunkte ge-

11) Manpower Report of the President and A Report on Manpower Requirements, Resources, Utilization and Training, by the US Department of Labor. März 1963. Washington 1963, S. 67.

12) Disarmament and the Economy. Ed. by E. Benoit and K. E. Boulding, New York 1963. S. 207. Der jährliche Produktionszuwachs der USA betrug im Durchschnitt von 1949 bis 1962 4,7 vH, während im gleichen Zeitraum die Rüstungsausgaben jährlich um 11,3 vH durchschnittlich stiegen.

13) S. Melman: A Strategy for American Security. An Alternative to the 1964 Military Budget. New York April 1963, S. 5.

geschlossen werden. Für die von diesen Umstellungsmaßnahmen betroffenen Menschen müssen neue Existenzmöglichkeiten geschaffen werden.

In den USA hat man diese Notwendigkeit teilweise bereits erkannt. *Hubert H. Humphrey* erklärte vor dem amerikanischen Senat, die von der US-Regierung geförderte Forschung verlange die enge Zusammenarbeit hochqualifizierter Fachkräfte aus vielen Disziplinen, um „mit dem Problem der ordnungsgemäßen Umstellung von militärischer Produktion auf die Produktion wichtiger zivilwirtschaftlicher Güter fertig zu werden“¹⁴⁾. Am 20. Dezember 1963 gab Präsident *Johnson* bekannt, daß auf höchster Ebene ein zwischenbehördliches Komitee gebildet werde, das sich mit der Auswirkung einer möglichen Rüstungsbeschränkung und Schwerpunktverlagerung der Aufwendungen für die Rüstung befassen solle. Er erklärte:

„Die Aufwendungen der Bundesregierung für die Verteidigung bewegen sich in einer solchen Größenordnung, daß sie zwangsläufig wesentliche wirtschaftliche Auswirkungen besitzen. In gewissen Gebieten unseres Landes und in gewissen Orten haben sie bedeutsamen Anteil an der Gesamtbeschäftigung und dem Arbeitseinkommen. Deshalb ist es wichtig, daß wir uns über die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Ausgaben besser informieren, damit... entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können, um mögliche Störungen infolge irgendwelcher Veränderungen von Höhe und Art der Verteidigungsausgaben auf ein Minimum zu beschränken.“

Bereits im Jahre 1958 begann der „Unterausschuß für Abrüstung des Senatsausschusses für Außenpolitik“ mit einer Untersuchung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Am 5. Oktober 1962 legte *Humphrey* dem Senat die Ergebnisse dieser Untersuchung in einer Zusammenfassung vor. Die wesentlichen Schlüsse daraus wurden folgendermaßen formuliert:

„Nach meiner Überzeugung hat die Untersuchung des Unterausschusses für Abrüstung den Beweis erbracht, daß die Vereinigten Staaten sich glücklich schätzen könnten und würden, die Umstellung auf eine völlig zivile Wirtschaft zu vollziehen, ohne daß es dabei zu ernststen Störungen der wirtschaftlichen Struktur kommt, in die jetzt ein umfangreiches Rüstungsprogramm eingebaut ist... Wirtschaftliche Probleme lassen sich lösen, wenn Staat und Industrie fähig und willens sind, voranzuplanen.“

Außerdem wurde eine Kommission nach dem Modell der Hoover-Kommission vorgeschlagen, die folgende *Aufgaben* zu erfüllen hätte:

Identifizierung und Analyse der wichtigsten, wahrscheinlichsten Formen technologischer und wirtschaftlicher Veränderungen und ihrer Auswirkung auf den Bedarf an Arbeitskräften.

Vorschläge für geeignete Maßnahmen und Programme für wissenschaftliche und wirtschaftliche Umstellungen, die sich aus einer möglichen Verminderung oder Modifizierung der Rüstungsausgaben ergeben.

Berichterstattung über das gegenwärtige und voraussichtliche Tempo technologischer Veränderungen, ihrer Auswirkung auf Produktivität, bestimmte Berufe und Beschäftigungsgruppen.

Analyse der Beziehung zwischen dem allgemeinen Ausmaß der Arbeitslosigkeit und den besonderen Konsequenzen des technischen Fortschritts für den Arbeitsmarkt.

Ermittlung und Abgrenzung jener Bereiche ungelöster kommunaler und menschlicher Probleme, die mit der Anwendung neuer technischer Verfahren wirksam in Angriff genommen werden könnten.

Untersuchung technischer Entwicklungen der letzten Jahre, insbesondere solcher, die sich aus den Forschungs- und Entwicklungsprogrammen der Bundesregierung ergeben haben, unter besonderer Beachtung ihrer möglichen Auswertung für zivilwirtschaftliche und industrielle Zwecke.

14) H. H. Humphrey: Schaffung einer „neuen Ära der Hoffnung“ in den USA. Süddeutsche Zeitung vom 26. Juni 1964.

Tatsächlich entfalten sich Forschung und Technik nicht „frei“ nach selbständig wirkenden Gesetzen, sondern Richtung und Geschwindigkeit wissenschaftlich-technologischer Entwicklungen sind von der Förderung durch Auftraggeber abhängig. Diese Entwicklung wird „vor allem durch zwei Interessen vorangetrieben: wirtschaftliche und militärische. Dabei hat sich aber herausgestellt, daß Probleme der allgemeinen Wohlfahrt, der sog. ‚dritte‘ Sektor, sich keineswegs miterledigten..., sondern im Gegenteil benachteiligt wurden und ins Hintertreffen gerieten“¹⁵). Während nämlich hinter den Entscheidungen im militärischen und wirtschaftlichen Bereich strikte Forderungen nach Verteidigungs- bzw. Gewinnoptimierung stehen, muß für die dringend notwendigen Gemeinschaftsaufgaben erst die praktisch-politische Zugangsmöglichkeit in all ihren Aspekten ausgearbeitet werden.

Die einseitige Richtungnahme des wissenschaftlichen und technologischen Potentials durch den angeblichen Primat der Rüstungsindustrie schafft Umweltbedingungen, unter denen — wie der Staatssekretär im Commerce Departement, / *Herbert Hollomon*, erklärte — „die Wissenschaft nicht gedeihen kann, und die sich die Gesellschaft nicht leisten kann“¹⁶). Immerhin gab es 1961 in den USA rund 1 400 000 Wissenschaftler und Ingenieure, von denen rund 400 000 in Forschung und Entwicklung arbeiteten. Von diesen 400 000 arbeiteten 250 000 für Rüstungs- und Weltraumforschung und 120 000 für private Industrieforschung. Von diesen 120 000 Wissenschaftlern und Ingenieuren arbeiteten 100 000 für nur 300 Firmen, die ihrerseits 80 vH der gesamten Industrieforschung und -entwicklung ausführen. Damit blieben nur 20 000 Wissenschaftler und Ingenieure für Forschung und Entwicklung der gesamten übrigen Industrie übrig.

Für viele dieser Wissenschaftler und Ingenieure wird die Umstellung auf einen Lehrberuf zu erwägen sein. Auch für Manager, Werbeexperten und Facharbeiter ist eine Umschulung notwendig; sie alle werden sich von der Arbeit für das Pentagon umzustellen haben auf die Erfordernisse von Management, Forschung, Produktion und Verkauf im zivilen Bereich. Ein von einer amerikanischen Studiengruppe sorgfältig durchkalkulierter „Zwölf-Jahres-Plan“ sieht während der ersten Jahre einer Abrüstung eine tatsächliche Erhöhung von militärtechnischen Ausgaben vor, die vor allem in die Entwicklung komplizierter und kostspieliger Mechanismen und Apparaturen zur Kontrolle dieser Abrüstung gehen. Das würde eine Atempause schaffen, während der alle weiteren Schritte — Umleitung und Neueinschulung großer Teile der Arbeitskräfte, Umorientierung der Wirtschaft, ökonomische Planung von der Spitze usw. — vorzubereiten wären.

Die Probleme einer so skizzierten „Friedensplanung“ liegen allerdings nicht nur im Wirtschaftlichen und in der technischen Durchführung. Sie fußen zum sehr großen Teil auch auf dem weitverbreiteten Unverständnis von Politikern und Wissenschaftlern gegeneinander. Es ist also nicht nur der Fortschritt selber, der zuweilen ein Tempo anschlägt, mit dem die wissenschaftlichen Experten kaum Schritt zu halten vermögen, sondern es ist die Entfremdung praktischer Politik von theoretischer Wissenschaft und umgekehrt, die die Lösung wichtiger Fragen zu erschweren droht:

Wissenschaftler sollten abgehen von ihrer oftmals proklamierten Theorie höherer Verantwortung, „einer größeren Verantwortung, als sie auf irgendeiner Menschengruppe sonst liegt“¹⁷), sollten einsehen, daß Politiker unter der Forderung des „günstigsten Augenblicks“ und unter dem Zwang zum Kompromiß stehen, der praktisch allein eine partielle Annäherung an das Gesamtziel ermöglicht. Sie müssen sich auch an die politische Verantwortung gewöhnen, wenn sie in der Politikberatung tätig sind. Wenn jemand ein Gutachten über die vermutlichen Kosten einer Abrüstung abgibt, muß er sich

15) Karlhans Berger: Systemforschung und Gemeinschaftsaufgaben. Süddeutsche Zeitung vom 4. Dezember 1964.

16) Aviation Week vom 22. Oktober 1962.

17) Charles Percy Snow: The Moral Un-Neutrality of Science. Address to the 1960 Meeting of the American Association for the Advancement of Science. Science vom 27. Januar 1961, Bd. 133, S. 259.

auch der möglichen politischen Wirkung dieser Aussage bewußt sein. Es stimmt einfach nicht, daß die maßgebenden Politiker „keine unmittelbare Kenntnis haben, wovon ihre Entscheidungen abhängen“¹⁸⁾, denn das Fehlen von Detailkenntnissen hindert beispielsweise auch die Wähler nicht, sich insgesamt ein politisches Urteil bilden zu können.

Politiker sollten Verständnis für das Berufsethos der Wissenschaftler aufbringen, denen die wissenschaftliche Wahrhaftigkeit das oberste Gebot sein muß. Wissenschaftler können und dürfen sich nicht dazu bereit finden, die zweitbeste Lösung eines politischen Problems, den praktischen Kompromiß, mit wissenschaftlicher Autorität zu rechtfertigen. Obwohl wissenschaftliche Experten einsehen sollten, daß die beste Lösung in der praktischen Politik nicht immer durchführbar ist, dürfen sie ihre als notwendig erkannte Wahrheit nicht determinieren lassen.¹⁹⁾ Politiker sollten sich auch an wissenschaftliche Methodik gewöhnen, denn die besten Beiräte und beschlagendsten Experten nützen wenig, wenn der Politiker nicht gelernt hat, ihnen die richtigen Fragen zu stellen.

Die Gesellschaft unserer Zeit kommt jedenfalls nicht umhin, die Probleme der Wirtschaftsplanung und Friedensforschung, der Rüstungsprosperität und Kooperation zwischen allen Führungsgruppen rational zu lösen.

18) C. P. Snow: Science and Government, The Godkin Lectures at Harvard 1960. Cambridge 1961, S. 1.

19) Hans Paul Bahrdt: Die wissenschaftspolitische Entscheidung. Süddeutsche Zeitung vom 26. Juni 1964.